

Dringliche Motion Fraktion FDP (Pascal Rub, FDP): Gemeinwesenarbeit: aus Fehlern lernen

Ehrenamtliche Tätigkeit hat in der Schweiz einen hohen Stellenwert und eine lange Tradition. Den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer gebührt deshalb grossen Dank für ihren Einsatz. Dank ihnen und dem ebenfalls bewährten Subsidiaritätsprinzip, wonach der Staat nur Leistungen erbringt, welche nicht bereits durch private Initiative abgedeckt sind, konnten in der Vergangenheit zahlreiche und geschätzte „Gute Dienste“ erbracht werden, notabene ohne die Steuerzahlenden stark zu belasten.

Die Stadtregierung hat dieses bewährte System in den vergangenen zwei Legislaturen aber zunehmen ausgehöhlt. Es fand eine schleichende „Verprofessionalisierung“ der Vereinsarbeit statt, welche die Mitwirkung der Freiwilligen einschränkte und durch zentrale Steuerung ersetzte. In den „ausgelagerten Sozialorganisationen DOK, TOJ und VBG“ wurden zunehmend mehr Personal angestellt, welche durch ein sogenanntes „modernes Freiwilligenmanagement“ die ehrenamtliche Tätigkeit verdrängte. Unter dem Deckmantel der „Organisationsentwicklung“ wurden hochkomplexe und teure Strukturen aufgebaut und die Prozesse verakademisiert.

Die Freisinnigen haben diese Fehlentwicklung schon früh erkannt und zusammen mit der GLP am 14.01.2010 die Motion „Sofortiger Marschhalt bei der Reorganisation von VBG, DOK und TOJ!“ eingereicht. Obwohl die Kernpunkte dieser Motion vom Stadtrat im März 2010 überwiesen wurden, hat der Gemeinderat diese bis heute nicht umgesetzt.

In der aktuellen Debatte zur Gemeinwesenarbeit zeigen sich weitere Schwächen der gemeinderätlichen Strategie: Statt die Angebote modular und flexibel aufzubauen und die Laufzeiten resp. Kündigungsfristen kongruent zu den Finanzierungsquellen des kantonalen Lastenausgleichs zu gestalten, wurden starre Strukturen und Verträge abgeschlossen. In der Folge kann nun auf eine Strategieänderung des Kantons nicht rechtzeitig reagiert werden und die Steuerzahlenden der Stadt Bern müssen einen Fehlbetrag von zusätzlichen rund 2 Millionen Franken jährlich aufbringen.

Die nun durch den Gemeinderat eingeleiteten Sparmassnahmen wirken sich in den Quartieren und bei den unterstützten Organisationen desaströs aus. Zahlreiche gut genutzte und wirksame Massnahmen werden in Zukunft nicht mehr erbracht werden können. Die Motivation der verbleibenden Ehrenamtlichen wird darunter nochmals leiden, mit entsprechenden Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf, aus den begangenen Fehlern endlich zu lernen und folgende Massnahmen umzusetzen:

1. Die Sparmassnahmen sind grösstenteils in den zentralen Institutionen umzusetzen. Die entsprechenden Strukturen sind zu redimensionieren und zu verschlanken
2. Die Leistungen sind wo immer möglich direkt in den Quartieren durch Organisation mit einem überwiegenden Anteil Ehrenamtlicher zu erbringen. Deren Rahmenbedingungen sind zu stärken und der Multiplikatoreffekt zu nutzen
3. Die klar definierten Aufgaben, Verantwortungen und Kompetenzen sind modular und entsprechend flexibel zu gestalten und als Leistungsaufträge offen auszuschreiben
4. Es sind Leistungsverträge abzuschliessen, welche die Fristen übergeordneter Instanzen berücksichtigen und allen Parteien gegenüber transparent sind.

Begründung der Dringlichkeit

Die geforderten Alternativvarianten müssen dem Stadtrat bis zur Budgetdebatte vorliegen, damit eine fundierte Entscheidung über die Beiträge an die Gemeinwesenarbeit im Rahmen des PGB 2014 möglich ist.

Bern, 04. April 2013

Erstunterzeichnende: Pascal Rub

Mitunterzeichnende: Simon Glauser, Dannie Jost, Christoph Zimmerli, Jacqueline Gafner Wasem, Bernhard Eicher, Mario Imhof, Michael Köpfl, Sandra Ryser, Daniel Imthurn, Lillian Tobler, Manuel C. Widmer, Rania Bahnan Buechi, Kurt Hirsbrunner, Martin Mäder, Isabelle Heer, Judith Renner-Bach, Roland Jakob, Karin Hess-Meyer, Ueli Jaisli, Kurt Rüeeggesser, Peter Bernasconi, Eveline Neeracher, Manfred Blaser, Dolores Dana, Béatrice Wertli, Claude Grosjean, Philip Kohli, Martin Schneider

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat anerkennt die Bedeutung der Gemeinwesenarbeit/Quartierarbeit für die Verbesserung der Lebensqualität in den Quartieren. Er ist sich auch bewusst, dass im Bereich der Gemeinwesenarbeit/Quartierarbeit viel freiwilliges Engagement erbracht wird und dieses sorgfältig unterstützt werden muss. Dies umso mehr, als sich auch die Stadt Bern nicht ganz dem schweiz- und europaweit zu beobachtenden Trend entziehen kann, dass es zunehmend schwierig ist, Freiwillige für ein Engagement in ehrenamtlichen Strukturen zu gewinnen. Ganz besonders schwierig ist dies in sozial benachteiligten Quartieren. Wenn der sozio-ökonomische Status gering ist, eine hohe Fluktuation besteht, Wohnverhältnisse beengt und Aussenräume unattraktiv sind, dann steht für die Bewohnenden häufig die Bewältigung des Alltags im Vordergrund und es bleiben wenig Ressourcen für ein unbezahltes Engagement für die Weiterentwicklung des Wohnumfelds.

Der Gemeinderat geht mit den Motionärinnen und Motionären einig, dass die Gemeinwesenarbeit/Quartierarbeit letztendlich vor Ort im Quartier wirksam wird. Die unterstützenden Strukturen, also eine Leitung, ein funktionierendes Personalwesen, eine Lohn- und Finanzbuchhaltung, sind auf das Notwendige zu begrenzen. Allerdings kann man Herausforderungen in sozioökonomisch benachteiligten Quartieren nicht nur mit ehrenamtlich erbrachten Dienstleistungen begegnen. Hier braucht es auch Fachwissen und professionelle Strukturen.

Der Gemeinderat geht mit den Motionären und Motionärinnen einig, dass vor dem Hintergrund der knappen Ressourcen und des Spardrucks die Gemeinwesenarbeit/Quartierarbeit hinterfragt und auf die heutigen Bedürfnisse ausgerichtet werden muss. Ziel muss es sein, mit den begrenzten Mitteln bedarfsgerechte Angebote, zeitgemässe Strukturen und attraktive Einsatzmöglichkeiten für freiwillig Engagierte gewährleisten zu können.

Zu den einzelnen Punkten:

Zu Punkt 1:

Dem Gemeinderat ist nicht ganz klar, was mit „zentralen Institutionen“ gemeint ist. Wenn es Overhead- und Administrationsleistungen der Trägerschaften betrifft, sieht die aktuelle Situation wie folgt aus: Die Geschäftsstelle der Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit (vbg) setzt sich aus 80 % Geschäftsleitung, 70 % Lohn- und Fi-

nanzbuchhaltung, 70 % Administration und einem KV-Ausbildungsplatz zusammen. Im Vergleich zu anderen Verbänden ähnlicher Grösse ist der Overhead eher als klein einzustufen. Je nach Volumen des Sparpakets in der Gemeinwesenarbeit/Quartierarbeit wird aber auch der Overhead der vbg überprüft. Die anderen Träger der spezifischen Integrationsangebote verfügen über keine namhaften Mittel für den Overhead. In der Stadtverwaltung (Jugendamt) besteht eine 80 %-Stelle zur Koordination der Gemeinwesenarbeit und zur Ausarbeitung und zum Controlling der diversen Leistungsverträge. Diese Stelle übernimmt zudem weitere anspruchsvolle Sachbearbeitungsaufgaben im Jugendamt ausserhalb des Bereichs der Gemeinwesenarbeit. Der Gemeinderat ist bereit, im Rahmen der Erfüllung der Dringlichen Interfraktionellen Motion GFL/EVP, GLP, BDP/CVP: Neuausrichtung statt Kahlschlag bei der Gemeinwesenarbeit verschiedene Sparszenarien auszuarbeiten. Er ist bereit, im Rahmen des Berichts zur Erfüllung dieser Motion auch das in Punkt 1 der vorliegenden Motion formulierte Anliegen zu prüfen.

Zu Punkt 2:

Der Gemeinderat teilt die Ansicht der Motionärinnen und Motionäre, dass die Gemeinwesenarbeit das Engagement der Freiwilligen ermöglichen und stärken soll.

Es entspricht der Strategie des Gemeinderats, die kleineren, ehrenamtlich geführten und betriebenen Quartiertreffs zu stärken. Bei den grösseren Quartierzentren mit professionellem Personal ist hingegen darauf zu achten, dass diese im Sinne der Subsidiarität nur da betrieben werden, wo sich die Bevölkerung nicht selbst soweit organisieren kann, um einen Quartiertreff zu führen. Dem Postulat der Bedarfsgerechtigkeit wird die aufsuchende Quartierarbeit am gerechtesten. Die Stadt- und Quartierentwicklung ist dynamisch. Entsprechend muss auch die Quartierarbeit in der Lage sein, auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren und dort aktiv zu werden, wo akuter Bedarf besteht. Der Gemeinderat ist bereit, im Rahmen der Erfüllung der Dringlichen Interfraktionellen Motion GFL/EVP, GLP, BDP/CVP: Neuausrichtung statt Kahlschlag bei der Gemeinwesenarbeit verschiedene Sparszenarien auszuarbeiten. Er ist bereit, im Rahmen des Berichts zur Erfüllung dieser Motion auch das in Punkt 2 der vorliegenden Motion formulierte Anliegen zu prüfen.

Zu Punkt 3:

Die offene Ausschreibung der Leistungsverträge in Soziokultur und Gemeinwesenarbeit/Quartierarbeit wurde bereits 2010 mit der Dringlichen Interfraktionellen Motion FDP, GLP (Pascal Rub, FDP/Michael Köppli, GLP): Sofortiger Marschhalt bei der Reorganisation von VBG, DOK und TOJ! gefordert. Der Gemeinderat hat das Anliegen im Begründungsbericht mit dem Hinweis auf eine fehlende Konkurrenzsituation auf dem „Markt“ der Gemeinwesenarbeit sowie der damals noch anstehenden Aufnahme der Gemeinwesenarbeit in die Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV) abgelehnt. Der Kanton hat sich in der Zwischenzeit für einen Ausstieg aus dem Bereich der Gemeinwesenarbeit und gegen die Integration in die ASIV entschieden. Der Gemeinderat ist bereit, die Frage der Ausschreibung im Lichte der neuen Voraussetzungen nochmals zu prüfen.

Zu Punkt 4:

Seit dem Jahr 2010 schliesst der Gemeinderat mit der vbg nur jährliche Leistungsvereinbarungen ab. Zudem beinhalten die Leistungsverträge einen Passus, der bei Änderungen übergeordneten Rechts oder erheblicher Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt die Kündigungsfrist auf 6 Monate begrenzt. Dies entbindet die Stadt aber nicht von einem fairen Umgang mit den langjährigen Vertragspartnern und mit den freiwillig Engagierten in diesen Organisationen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Der Gemeinderat ist bereit, im Rahmen der Erfüllung der Dringlichen Interfraktionellen Motion GFL/EVP, GLP, BDP/CVP: Neuausrichtung statt Kahlschlag bei der Gemeinwesenarbeit einen Bericht über das weitere Vorgehen im Bereich der Gemeinwesenarbeit zu erarbeiten. Dieser Bericht wird anhand verschiedener Sparszenarien die Auswirkungen des Wegfalls der Kantonsbeiträge für die Gemeinwesenarbeit und damit auch die Auswirkungen auf das Personal und die Finanzen aufzeigen. Mitberücksichtigt werden darin auch die in den Punkten 1 und 2 formulierten Forderungen der vorliegenden Motion. Der Bericht wird dem Stadtrat vor der Behandlung des Produktegruppen-Budgets 2014 vorliegen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 29. Mai 2013

Der Gemeinderat